



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb)
Freienvertretung
Masurenallee 8-14
14057 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Berlin, 6. August 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Lieber Herr Reinhardt,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse der Rbb-Freienvertretung an unserem Landeswahlprogramm – das freut uns sehr! Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD für bessere und gleichwertige Arbeitsbedingungen für die Freien Mitarbeiter:innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Unser gesamtes Landeswahlprogramm online abrufbar unter:
https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Euch jederzeit zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Lina Najmi

Inhalt

i.	Freie in den Personalrat – jetzt!.....	3
ii.	Gute Arbeitsbedingungen für gutes Programm!	3
iii.	Rundfunkfreiheit braucht Sicherheit.....	4

i. Freie in den Personalrat – jetzt!

- **Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Arbeitnehmerähnlichen noch im kommenden Jahr durch den Personalrat vertreten werden können?**
- **Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit die bereits zwischen den Ländern abgestimmten erforderliche Änderung des Staatsvertrages rechtzeitig in Kraft treten werden?**

Ja. Überall dort, wo die SPD Verantwortung trägt, sorgen wir für gute und gleichwertige Arbeitsbedingungen sowie wirksame betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Mitarbeiter:innen – dies gilt auch für die Arbeitnehmerähnlichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dazu gehört die Verbesserung der Mitbestimmung im Personalvertretungsgesetz des Landes Berlin und die Stärkung der Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der Schwerbehindertenvertretung. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein und das Personalvertretungsrecht werden wir entsprechend fortentwickeln. Die Berliner SPD hat die **Evaluierung des RBB-Freienstatuts** in dieser Legislaturperiode zum Bestandteil des Koalitionsvertrages gemacht. Das **Freienstatut**, dass die Vertretung der arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten von 2014 erstmals ermöglichte, sehen wir als wichtigen Schritt an, **den unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen eine Stimme zu verleihen**. Mit der nächsten **Novellierung des Rbb-Staatsvertrags**, der ab 2022 Inkrafttreten soll, hat die SPD die Möglichkeit erkannt, einen weiteren Entwicklungsschritt zur Arbeitnehmervvertretung zu gehen. Künftig werden arbeitnehmerähnliche Beschäftigte, also fest beauftragte Freischaffende in den Rbb-Personalrat aufgenommen werden. Außerdem haben wir die gesellschaftliche Repräsentanz im Rbb-Aufsichtsgremium, dem Rbb-Rundfunkrat, verbessert. Auf Initiative der SPD werden **Vertretungen für Menschen mit Behinderung und für queere Menschen** die Perspektiven von Inklusion und Diversität im Rbb vertreten.

ii. Gute Arbeitsbedingungen für gutes Programm!

- **Setzt sich Ihre Partei für eine auskömmliche Finanzierung des rbb ein?**
- **Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass die Arbeitsbedingungen der Freien auch während des Umbaus attraktiv genug bleiben, so dass der rbb auch in Zukunft auf die Kreativität und Flexibilität der Freien zurückgreifen kann?**

Ja. Die Berliner SPD bekennt sich selbstverständlich zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und wird auch weiterhin dafür sorgen, dass das öffentlich-rechtliche Angebot mit ausreichender Finanzierung gestärkt wird. So hat Berlin 2020 **zwei weitere Staatsverträge** beschlossen, die die den Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anerkennen. Leitend für diese Überlegungen war auch, die Bedeutung der Sendeanstalten angesichts eines Informationsbedarf von bis zu 18 Mio. Tagesschau-Zuschauerinnen und -Zuschauern unter den Bedingungen einer globalen Pandemie ernst zu nehmen. Daher haben wir den Staatsvertrag zur **Modernisierung der Medienordnung** bestätigt, mit dessen Hilfe die Frage, was Rundfunk, Presse und internetbasiertes Angebot ist, aber auch wie Intermediäre, Suchmaschinen und Soziale Netzwerke transparenter und diskriminierungsfreier reguliert werden. Wir haben ergänzend einer **Erhöhung des Rundfunkbeitrags** zugestimmt, der ersten Erhöhung des Beitrags nach zwölf Jahren der Beitragsstabilität. Damit erkennen wir den Modernisierungswillen auch des Rbb an,

der sich gemäß seiner Wirtschaftlichkeitspflichten im Jahr 2021 Einsparungen in Höhe von knapp 30 Mio. Euro auferlegt.

iii. **Rundfunkfreiheit braucht Sicherheit**

- **Will Ihre Partei an der seit Jahrzehnten gewachsenen unsicheren freien Beschäftigung als Alternative zum Arbeitsverhältnis festhalten?**
- **Welche Möglichkeiten wollen Sie nutzen, um in Zukunft den arbeitsrechtlichen Schutz der Arbeitnehmerähnlichen beim rbb zu gewährleisten?**

Die Berliner SPD setzt sich weiterhin dafür ein, den Modernisierungsschub im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu nutzen, um Arbeitsbedingungen der Freien zu verbessern und ihnen gleichwertige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Dazu gehören die Ermöglichung von Vollzeit- und Teilzeitmodellen, eine möglichst faire Anpassung der betrieblichen Altersversorgung über die Rundfunk-Pensionskasse sowie der Familiensonderzahlung. Darüber hinaus sind wir weiterhin bemüht, die Zahl der Festangestellte zu erhöhen und für sichere und stabile Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, das System der sozialen Sicherung so weiterzuentwickeln, dass Medien-, Kunst- und Kulturschaffende (und andere Soloselbständige wie Kulturvermittler:innen) auch in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert sind. Neben der für uns unverhandelbaren **Künstlersozialversicherung** und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die weitere **Öffnung der sozialen Sicherungssysteme** einschließlich der Grundsicherung im Alter. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weit zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung gegen Einnahmeausfälle offensteht. Darüber hinaus werden wir die Regelungen für die oftmals unregelmäßig oder nur kurzzeitig befristet Beschäftigten zum Beispiel im Bereich des Films und der Theater vereinfachen, um die soziale Absicherung zu verbessern. Wir werden eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge einführen und Selbständige schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren.